Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1900

546 (22.11.1900) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe:
Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mk. 80 Pf., in das Haus gebracht: 3 Mk., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 80 Pf.
Vorausbezahlung.

Sprechstunde der Redaktion 3—4 Uhr.

elephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit Badischem Museum, Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr:
Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 15 Pfg., für auswärtige Inserate 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf.

Inseraten-Annahme in der Anzeigen-Expedition der Bad. Landeszeitung, Karlsruhe, Hirschstraße 9, sowie in allen Bureaux der Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse.

Parlaments-Ausgabe. **Karlsruhe, den 22. November 1900.**

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 20. November.

Das Haus und die Tribünen sind sehr gut besetzt.

1 Uhr. Am Bundesrathstisch: Graf von Bülow, Graf von Posadowsky, von Tirpitz, von Goßler, Frhr. von Thielmann, Frhr. von Richthofen, von Podbielski u. A.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der ersten Berathung der Chinavorlage.

Abg. **Bassermann** (nl.): Der Abg. Bebel ist gestern in seinen allgemeinen Ausführungen aus parteipolitischen Erwägungen heraus zu einer vernichtenden Kritik der deutschen Chinapolitik gelangt. Wir können uns weder seinem Urtheil noch den von ihm angegebenen Rezepten anschließen, und es sind ja am letzten Ende auch sehr viel graue Theorien in seinen Ausführungen zu Tage getreten, Theorien, die mit den realen Faktoren der politischen Welt nicht in Einklang zu bringen sind. Das Eine aber geht daraus deutlich hervor, daß er von dem Gedanken der Gleichstellung der Chinesen mit den Kulturnationen beherrscht wird, und er ist sogar so weit gegangen, daß er die Boxerbewegung geradezu glorifizirt hat, während wir in dieser Bewegung ein räuberisches, mörderisches Gebaren erblicken. Herr Bebel wird doch das Eine nicht aus der Welt schaffen können, daß unter Umständen Gewalt gegen Gewalt gesetzt werden muß. Das lehrt uns die Geschichte, beispielsweise ein Blick auf die französische Revolution, auf das Blutbad der Kommune, wo ja sehr viel Blut geflossen ist. Auch in der chinesischen Frage mußte seitens der verbündeten Mächte Gewalt eingesetzt werden.

Angesichts der Ausführungen des Abg. Bebel dürfte es wohl angezeigt sein, einen Rückblick auf die Verhandlungen vom Januar 1898 zu werfen über die Frage, welche den Ausgangspunkt der deutschen Chinapolitik bildet, die Pachtung von Kiautschou. Die damalige Vorlage ist angenommen worden unter der Billigung der Rechten, unter der Zustimmung der großen Mehrheit des Reichstags. Der Abg. Dr. Lieber äußerte dabei, daß diese Erwerbung im wirthschaftlichen und politischen Interesse eine dankenswerthe That sei, und diesem Urtheil hat sich der Abg. Dr. Barth angeschlossen. Auch der Abg. Richter bezeichnete es als wünschenswerth, daß wir in China einen festen Stützpunkt für die Wahrnehmung unserer Interessen besitzen. Aber selbst Herr Bebel hat damals die Erwerbung von Kiautschou, allerdings vom Standpunkt der bürgerlichen Parteien aus, als eine natürliche Sache erklärt; es sei zweifellos, daß unsere wirthschaftliche Entwicklung mit allen Kulturstaaten der Welt den Konkurrenzkampf immer schwieriger macht, und wenn nicht neue Absatzgebiete geschaffen würden, so würde eine permanente Stockung des Handels die Folge sein.

Wir erachten auch heute die Erwerbung eines Stützpunktes in China als eine politische Nothwendigkeit für Deutschland, und diese Auffassung hat sich auch durch die neuerliche Entwickelung des deutschen Handels als richtig erwiesen. Nach der Statistik für 1898 nimmt Deutschland in dem Handel mit China die zweite Stelle ein unter allen exporttreibenden Ländern. Es wird hierin nur von England übertroffen. Bemerkenswerth ist, daß Deutschland selbst Japan überholt hat. Auch in der Schifffahrtsstatistik spielt Deutschland eine ähnlich hervorragende Rolle. Der Abg. Bebel hat die ganze historische Entwickelung von seinem Standpunkte aus gestern beleuchtet. Es liegt mir fern, auf die einzelnen Phasen, die er geschildert hat, näher einzugehen. Einzelne seiner Ausführungen sind vollständig unhaltbar. Er hat die Entsendung von Schutztruppen nach Peking als einen politischen Fehler bezeichnet. Ich meine, wir können heute nur bedauern, daß die Schutztruppen nicht in stärkerer Zahl nach Peking geführt worden sind. (Sehr wahr! Rechts und bei den National-Liberalen.) Man wird uns nicht zumuthen können, daß wir erst abwarten, bis alle todtgeschlagen sind, ehe wir unsre Schutzmaßregeln ergreifen. Auch die Erstürmung der Taku-Forts, die der Abg. Bebel getadelt hat, war eine politische Nothwendigkeit. Wenn man überhaupt daran dachte, in China geordnete Zustände herzustellen, durfte man nicht warten, bis die Taku-Forts mit einer stärkeren chinesischen Macht besetzt waren. Herr Bebel hat uns ferner eingehend seine Auffassung über die Ursachen der chinesischen Wirren dargelegt. Zweifellos ist es unrichtig, daß die Erwerbung Kiautschous durch Deutschland das Motiv für die chinesische Krisis war. Wenn man die Boxerlieder in den Zeitungen liest, so findet man darin Aufforderungen zum Kampf gegen die Fremden. Da schon im Vordergrund Russen, Franzosen, Engländer; aber von Deutschen ist darin gar nicht die Rede. Das ist auch ganz erklärlich, denn Deutschland hat stets eine chinafreundliche Politik getrieben, wie bei dem chinesisch-japanischen Kriege zu Tage getreten ist. Herr Bebel meint sodann, die Verquickung der Missionen mit der Politik habe schädlich gewirkt. Wir erkennen unsererseits voll an die Verdienste der Missionen um die Hebung der Kultur in China, für die Erziehung u. s. w. Wir beanspruchen diese Anerkennung selbstverständlich auch für die evangelischen Missionen. Wir können nicht anerkennen, daß in dem Verhalten der Missionare ein Grund für die Ausschreitungen auf chinesischer Seite zu erkennen ist. Die Missionen erheben dagegen ihrerseits Vorwürfe gegen die Politik der Mächte. Sie sagen, am letzten Ende ist die Schuld für die Wirren darin zu suchen, daß die Mächte Stück für Stück Gebietsabreißungen vorgenommen haben. Man könnte noch andere Gründe dafür anführen, die mir zutreffender zu sein scheinen, als die vom Abg. Bebel erwähnten. Es ist doch zweifellos, daß die Reformen des jungen Kaisers Kuangsü eine starke Gährung in China hervorgerufen haben und daß die Reaktion gegen die fremdenfreundlichen Reformen die Ausbrüche des Hasses gegen alles Fremde veranlaßt hat. Für unsere Beurtheilung der Lage ist es übrigens nicht erforderlich, auf alle diese Ursachen der Wirren näher einzugehen, weil wir auch heute noch auf dem Standpunkte stehen, daß die Erwerbung eines Stützpunktes in China für die deutschen Interessen nothwendig war. Auch die Frage, ob solche Erwerbungen überhaupt berechtigt sind, hat der Abg. Bebel erörtert. Die Frage ist meines Erachtens, wenn wir auf die Geschichte zurückblicken, zu bejahen. Soweit wir zurückdenken können, war es das Bestreben der kulturell höher stehenden Nationen, mit den niedrigeren Völkern in Verkehr zu treten. So geht der Missionar, der Kaufmann zu ihnen hin, und schließlich kommt es zu Gebietserwerbungen. Das ist die nothwendige Entwickelung, die wir bis zu den Griechen zurückverfolgen können. Nur die Sozialdemokratie hat das nicht anerkannt. Sie hat den chinesischen Aufstand verglichen mit den deutschen Freiheitskriegen und das Lied angezogen: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte“, sie hat die Erwerbung von Kiautschou mit Elsaß-Lothringen verglichen, und gestern hat Herr Bebel die Erhebung des deutschen Volkes unter York zum Vergleich mit der Boxerbewegung herangezogen. Ich möchte Herrn Bebel darauf hinweisen, daß seine Auffassung nicht überall in sozialdemokratischen Kreisen getheilt wird. In dem Septemberheft der „Sozialistischen Monatshefte“, das vor mir liegt, führt der bekannte Sozialist Eduard Bernstein aus: Die höhere Kultur unterscheide sich von den niederen dadurch, daß sie auf gleichem Gebiet mehr Menschen ernähren könne. An diesem Maßstab gemessen, habe die höhere Kultur gegenüber der niederen stets das größere Recht auf ihrer Seite, sie habe nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die niedriger stehenden Völker sich zu unterwerfen. Das sind Ausführungen, die wesentlich anders lauten, als die des Abg. Bebel! Es heißt dort weiter: Jedes kräftige Volk strebt nach Ausbreitung. Dieser Drang sei allezeit ein mächtiger Faktor des kulturellen Fortschritts gewesen. Ob es gerechtfertigt sei, ein Land zur Oeffnung seiner Grenzen zu zwingen, sei in hohem Grade eine Frage des Bedürfnisses. Es würde sinnlos sein, der Unkultur das Recht einzuräumen, als Hemmschuh für den Verkehr zu dienen. (Hört, hört!) — Das ist das Urtheil eines Mannes, der nach wie vor zur Sozialdemokratie gehört. Herr Bebel hat auf die Jahrtausende alte Kultur der Chinesen hingewiesen; er hat aber vergessen den religiösen Fanatismus, der dort herrscht, und die Grausamkeit der Volksmassen, die dort in den letzten Wirren zu Tage getreten ist. Wir haben gehört, daß auf dem sozialdemokratischen Kongreß ein lebhafter Protest gegen die Chinapolitik der Mächte beschlossen worden ist. Auch gegenüber diesem Protest kann ich mich auf einen Artikel des Herrn Bernstein berufen, der die Ansicht, daß man jedes Volk ungestört thun lassen müsse, was ihm beliebe, vom sozialistischen Standpunkt aus als unhaltbar bezeichnet. Bekanntlich ist selbst der Gedanke des Imperialismus sehr tief auch in Arbeiterkreise eingedrungen. Das hat auch Herr Kollege Ledebour anerkannt. In der „Neuen Zeit“ hat Bernstein einen Artikel geschrieben, in dem er sogar die Chamberlainsche Politik in gewissem Sinne vertheidigte. Allerdings steht die deutsche Sozialdemokratie im Großen und Ganzen der Chinapolitik heute noch ablehnend gegenüber. Wie das in Zukunft sein wird, mag dahingestellt bleiben. In der Sozialdemokratie selbst sind ja Zweifel darüber vorhanden, ob nicht in Zukunft doch eine Wandlung nöthig sein werde. Aus den Artikeln Schippels in den „Sozialistischen Monatsheften“ geht klar hervor, daß auch er zweifelt, ob es möglich sein wird, an dem Standpunkt, den seine älteren Parteigenossen so temperamentvoll vertreten, festzuhalten. Und Eduard David hat gesagt: „Weder die Wandlungen im praktischen politischen Verhalten der Partei, noch die Mauserung in theoretischer Beziehung lassen sich durch Parteitagsbeschlüsse aufhalten.“ Meine Parteifreunde sind der Meinung, daß die deutsche Chinapolitik durchaus richtig ist und daß sie auch den Interessen der Arbeiter entspricht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der deutsche Arbeiter kämpft für höhere Löhne, für bessere Daseinsbedingungen. Er kann aber damit nur dann Erfolg haben, wenn unser Volk sich immer neue Absatzgebiete schafft und sich dadurch der Nationalwohlstand immer mehr steigert. Wenn wir daher unsere Absatzgebiete erweitern, so vertreten wir die Interessen der deutschen Arbeiter. (Sehr richtig.)

Durch die Rede des Herrn Reichskanzlers ist erfreulicherweise eine Reihe von Bedenken zerstreut worden. Die Bedeutung der Sache darf ja nicht übertrieben werden. Man muß sich hüten, von einer weltgeschichtlichen Mission zu reden, die Deutschland hier zu erfüllen habe, von einer neuen Periode der Weltgeschichte u. s. w. Das sind dithyrambische Uebertreibungen, die sich nicht vertragen mit der nüchternen Abwägung der Dinge. Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß der Schwerpunkt der deutschen Politik auf dem Festlande liegt, daß wir nach wie vor eine Landmacht sind und bleiben müssen. Nach den gestrigen Ausführungen des Herrn Reichskanzlers können wir annehmen, daß das auch seine Ansicht ist. Wir stehen auch heute nach auf dem Standpunkt, daß wir nicht in die Verhältnisse fremder Staaten interveniren sollen. Wir glauben, daß es durchaus falsch wäre, wenn wir den Grundsatz acceptiren wollten, daß wir überall dabei sein müssen, wo Verwicklungen entstehen. Aber in der chinesischen Frage war doch unsere nationale Ehre engagirt; hier mußten wir Sühne verlangen für die Frevel, die geschehen sind. Durch die gestrige Rede des Reichskanzlers sind vor Allem die Zweifel darüber beseitigt worden, daß auch die verbündeten Regierungen eine Politik befürworten, die fern ist von Abenteuerlust, die nur die Wahrung der deutschen Interessen im Auge hat. Daß bei den China-Wirren ein energisches Eingreifen Deutschlands nothwendig war, darüber kann nach unserer Ansicht kein Zweifel bestehen. Die Ermordung unseres Gesandten, des Frhrn. v. Ketteler, der heldenmüthig auf dem Felde seiner Thätigkeit geblieben ist und dem für alle Zeit die Nation ein ehrendes Andenken bewahren wird (Beifall), die Hinschlachtung vieler Missionare, die Ermordung von Tausenden Fremder und einheimischer Christen, das Alles waren Ereignisse, die ein energisches Eingreifen erforderten. Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, die eine solche Aktion mit sich bringt, die Gefahr, daß die Mächte in Differenzen gerathen können. Aber das konnte uns nicht abhalten, unsere nationale Pflicht zu erfüllen und da einzuschreiten, wo die deutsche Ehre angegriffen war.

Wir billigen daher die Entsendung der Truppen nach China. Diese ganzen Vorfälle beweisen uns aber auch die Nothwendigkeit der beiden letzten Flottenvorlagen und die Richtigkeit des Verhaltens des Reichstages gegenüber diesen Vorlagen (Sehr richtig!). Was die Größe des Machtaufgebots anlangt, die ja in erster Linie Sache der Erwägung der Regierungen ist, so ist anzuerkennen, daß bei uns der Fehler vermieden worden ist, den England im Boerenkriege beging, indem es dort zuerst mit ungenügender Macht seine Pläne verfolgte. Wir müssen auch anerkennen, daß das energische Eingreifen der deutschen Politik Schlimmeres vermieden, und ein weiteres Umsichgreifen des Aufstandes verhindert hat. Endlich wird unser großes Aufgebot auch dadurch gerechtfertigt, daß Deutschland Angesichts der Möglichkeit von Differenzen zwischen den einzelnen Mächten stark dastehen mußte.

Hinsichtlich der Inscenirung des Chinafeldzuges kann ich mich den eingehenden Darlegungen des Abg. Lieber im Wesentlichen anschließen. Das patriotische Aufwallen der Bevölkerung, das Lebhafterwerden der Gefühle in dem Moment, wo deutsche Söhne hinausziehen, ist ja nur natürlich; daß da die Herzen lebhafter schlagen und auch die Zunge lebendiger wird, ist ja ganz klar, auf der anderen Seite hätten aber auch manche Scenen vermieden werden können, die einen theatralischen Anstrich haben und deutschem Wesen, deutscher Bescheidenheit nicht entsprechen. (Sehr richtig.) Man sollte doch nicht vergessen: Das Reden wirkt ansteckend (Heiterkeit), auch auf die Regimentskommandeure, und wenn das so weiter geht, wohin soll es führen? Das muß hier offen ausgesprochen werden. Aber versöhnend wirkt auch hier die energische Aufstellung der Truppenkräfte, die vorzügliche Art, wie sie sich bewährt haben. Im großen Ganzen können wir anerkennen, daß warmes Empfinden in der Mehrheit des Volkes vorhanden ist für die große Bedeutung dieses China-Feldzuges, warmes Empfinden auch dafür, daß das Gefühl im Auslande gestärkt wird, daß unsere auswärtigen Interessen nun nicht mehr allein auf diplomatischen Schutz angewiesen sind, sondern auch auf den Schutz deutscher Schiffe und deutscher Soldaten. (Beifall.) Die Ueberschwenglichkeit der Aeußerungen dürften sich aber auch vielleicht noch aus einem anderen Gesichtspunkte erklären, nämlich aus der maßlosen Art, mit der die sozialdemokratische Kritik gegen diesen Feldzug eingesetzt hat. (Sehr richtig!) Ich habe hier z. B. eine Sammlung von Ausfällen, mit denen der sozialistische Redakteur Kurt Eisner die Expedition bedacht hat. So heißt es in einem seiner Artikel: „Es wird dem Proletariat an die Hand gegeben, national zu werden. Das würde nichts weniger als Selbstentwürdigung, Selbstmord des Proletariats bedeuten.“ (Heiterkeit.) Dann wird in Beziehung auf den Feldzug von einem „ausschweifenden Räuberroman“, von einem „Chaos von Kindereien und Rohheiten“ von der „tiefsten sittlichen und intellektuellen Erniedrigung“ gesprochen (Heiterkeit); man hätte Sehnsucht nach einem „neuen gründlichen Jena“ (Heiterkeit), eine „unsägliche Gemeinheit und Dummheit“ sei dieses „kapitalistische Vorgehen“ (Heiterkeit), es sei eine Art von Romantik, aus der ein „ekelhafter Modergeruch sentimentaler Bestialität“ emporsteige (Große Heiterkeit), es handele sich hier um Greuel, denen gegenüber die Raubzüge Ludwigs XIV. „leuchtende Kulturthaten“ seien. (Erneute große Heiterkeit.) Auch die Verhandlungen des Mainzer Parteitages bieten Einiges auf diesem Gebiete. Da trat eine Rednerin auf, Rosa Luxemburg (Heiterkeit), die sich darüber beschwerte, daß der Parteivorstand keine Protestversammlungen gegen die Chinaexpedition veranstaltet habe. Der Abg. Singer erwiderte darauf, daß die Vorwürfe allerdings nicht ganz unberechtigt seien, aber so ganz unthätig sei der Parteivorstand doch nicht gewesen, er sei nicht ganz in einen Dornröschenschlaf verfallen. Also, Herr Kollege Singer, so ganz ein Dornröschen sind Sie nach Ihren eigenen Ausführungen auch nicht. (Heiterkeit.)

Es ist die Frage aufgeworfen, ob es nothwendig und wünschenswerth war, einen deutschen General zum Oberbefehlshaber der verbündeten Truppen zu ernennen. Ich kann mir sehr wohl denken, daß speziell beim deutschen Kaiser der Wunsch lebhaft wurde, bei der Uneinigkeit der Truppenführer und der dadurch herbeigeführten Verminderung der militärischen Aktionsfähigkeit einen deutschen General zu entsenden; eines aber halte ich nicht für berechtigt, das ist die ungeschickte offiziöse Vertheidigung des Grafen Waldersee. Die Kritik hat tadelnd eingesetzt bei der Inscenirung der Abschiedsfeierlichkeiten für den Grafen Waldersee, und diese Kritik hat der „Reichsanzeiger“ ersucht zu unterlassen. Das halte ich für falsch, wir sollten uns auch in Deutschland daran gewöhnen, in solchen Fragen weniger nervös zu sein. Wer sich im politischen Leben exponirt, der muß auch Kritik ertragen können (Sehr wahr!). Im Uebrigen stellt sich die Ernennung des Grafen Waldersee als ein Erfolg der deutschen Politik dar, als eine Anerkennung der militärischen Leistungsfähigkeit Deutschlands, und wir haben mit Vergnügen aus den gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers entnommen, daß unsere Beziehungen zu Rußland dadurch nicht leiden, sondern daß sie ebenso innige sind wie vordem. Der Abg. Bebel hat lebhaft die Person des Grafen Waldersee kritisirt, er hat ihn einen Exekutionsmarschall genannt und davon gesprochen, daß auch jeder beliebige Feldwebel die Aufgabe des Marschalls lösen könne. Diese Ausführungen sind nicht nach unserem Geschmack. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir schätzen den Grafen Waldersee als einen hochverdienten deutschen Offizier und zollen ihm volle Anerkennung dafür, daß er mit jugendlicher Frische sich seiner großen Aufgabe unterzogen hat, daß er als bejahrter Mann mit voller Energie nach China gezogen ist. (Beifall.) Ueberall anerkannt ist auch die Leistungsfähigkeit unserer Heeres- und Marineverwaltung. (Beifall.) Darüber viel Worte zu verlieren halte ich für unnöthig, ich glaube, daß dies allgemein der Eindruck in Deutschland ist. Ferner möchte ich als freudiges Ereigniß bezeichnen die Waffenfreudigkeit, mit der die deutsche Jugend sich freiwillig für die Expedition gemeldet hat. Was die Kriegsführung betrifft, so hat das Heer mit gewohnter deutscher Tapferkeit seine Haut zu Markte getragen, und wir sind fest davon überzeugt, daß die Kriegsführung eine energische ist. Wir wünschen eine Kriegsführung, frei von jeder Sentimentalität, es ist blutiger Ernst. Und daß die Soldaten, welche wissen, welches Schicksal ihnen droht, wenn sie verwundet in die Hände der Boxer oder auch chinesischer regulärer Truppen fallen, nicht geneigt sein werden, besonders zart mit den Gegnern umzugehen, ist doch klar. Der Abg. Bebel hat gestern alle Hunnenbriefe vorgelesen, die er hat (Abg. Bebel: Nur einen Theil!), er hat uns aber nichts gesagt von den Nachrichten aus China über die Unthaten der Boxer, über die grausame Verstümmelung von Soldaten, die in deren Hände fallen. Es liegt mir hier ein Bericht vor, der sehr drastische Bilder über die Boxer enthält, die Frauen und Kinder morden, sich in der Schlacht todt stellen und dann plötzlich rückling den Feind zu ermorden suchen u. s. w. Gegenüber solchen Greuelthaten empfiehlt sich keine zarte Handhabung der Kriegsführung. Einzelne rohe Grausamkeiten sind gewiß sehr bedauerlich, und wir werden die Letzten sein, die sie billigen. Die Hunnenbriefe haben überall unangenehme Empfindungen erweckt, und ich glaube auch, daß trotz vieler Uebertreibungen doch eine große Zahl davon echt ist. Bedauerlich aber ist es, daß man diese Briefe und das Verhalten einzelner Leute in Zusammenhang bringt mit gewissen Direktiven, die gegeben sind. Das ist ein neuer Beweis, wie sorgfältig man seine Worte wählen und die Tragweite jedes einzelnen Wortes ermessen muß. (Sehr wahr!) Im Uebrigen ist festgestellt, daß die deutschen Soldaten sich beispielsweise bei der Plünderung von Tientsien und Peking nicht betheiligt haben; der englische Gesandte hat das wohlthuende Auftreten der deutschen Truppen im Gegensatz zu anderen Truppen anerkannt. Außerdem hat ja auch der Kriegsminister gestern erklärt, daß wenn Jemand sich zu Thaten hinreißen läßt, die mit der Humanität nicht im Einklang stehen, unnachsichtlich Strafe eintritt. Getadelt wird in der Bevölkerung vielfach der mangelhaften Nachrichtendienst aus China; es ist doch nur billig, zu verlangen, daß wir durch regelmäßige Nachrichten über die Vorgänge auf dem Laufenden erhalten werden. Mit der Umgrenzung, die der Kanzler den Aufgaben der deutschen Politik in China gegeben hat, sind wir durchaus einverstanden. Keine Abenteuerpolitik, sondern Wahrnehmung berechtigter Interessen! Dies Programm der verbündeten Regierungen hat auch in Kreisen, die unserer Parteirichtung nicht angehören, Billigung gefunden, so zum Beispiel in der Kundgebung des Parteitages der freisinnigen Volkspartei vom 21. Oktober. Erfreulich ist einmal die Einigung der Mächte über die zunächst zu erstrebenden Ziele und zweitens das Abkommen mit England. Es sind Stimmen laut geworden, die aus diesem Abkommen eine Verschlechterung unserer Beziehungen zu Rußland befürchten. Das ist nicht der Fall, das englische Abkommen ist nur ein Beweis mehr dafür, daß Deutschland sich nicht von dem Gedanken der Eroberungspolitik leiten läßt, sondern lediglich in Wahrnehmung berechtigter Interessen vorgeht. Freudig haben wir auch die Erklärung des Reichskanzlers begrüßt, daß die verbündeten Regierungen eine gesunde nationale Politik treiben und nicht die Geschäfte anderer Mächte besorgen wollen. Daß das englische Abkommen abgeschlossen werden konnte, war nur möglich dadurch, daß Deutschland sofort seine ganze Energie in China eingesetzt hat. Dadurch stehen die jetzigen Vorgänge in einem angenehmen Kontrast zu der Beschlagnahme

der deutschen Schiffe, die vor kurzer Zeit Anlaß zu einer Interpellation hier im Hause gegeben hat.

Ueber die 80 Millionen-Anleihe bei Amerika werden wir uns ja in der Kommission eingehend unterhalten. Jedenfalls hat es in Deutschland einen unangenehmen Eindruck hervorgerufen, daß man mit einer verhältnißmäßig so geringen Summe an einen fremden Markt gegangen ist. Das war gewiß nicht nöthig, und im Uebrigen ist ja auch der beabsichtigte Effekt garnicht erreicht worden, die Anleihe ist zum Theil in Deutschland aufgelegt, und zum anderen Theil sind die Papiere nach Deutschland geflossen, so daß thatsächlich die Amerikaner das Geschäft gemacht und die Deutschen das Geld gegeben haben. (Sehr richtig!)

Die Nichteinberufung des Reichstages betrachten auch wir als einen schweren politischen Fehler. Der Sommer wäre der richtige Moment gewesen, das deutsche Parlament zu berufen, und die verbündeten Regierungen hätten damals zweifellos mit erheblicher Majorität ein Votum für ihre Chinapolitik bekommen. Weshalb der Reichstag damals nicht einberufen ist, ist doch eigentlich nicht klar zu erkennen. Hatten die verbündeten Regierungen Furcht vor der großen Rede des Herrn Bebel? (Heiterkeit.) Die hätten wir längst überstanden. (Erneute Heiterkeit.) Hatten sie Angst vor der Kritik des Abg. Richter? Nun, ich meine, er hat heute ein viel größeres Material zur Kritik, als es im Sommer möglich war. Die Einberufung des Reichstags war nöthig nicht allein wegen der Bewilligung der Geldmittel, sondern auch damit die Regierung in die Lage käme, das Urtheil des Reichstags über die ganze Frage zu hören. (Sehr wahr!) Wir müssen als konstitutionelle Partei entschieden Verwahrung gegen die Nichtberufung des Reichstages einlegen. Eine Politik, wie die, in die wir eingetreten sind, kann nur gemacht werden mit dem deutschen Reichstag, nicht etwa ohne denselben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben in der vergangenen Session dem Fürsten Hohenlohe unser Vertrauen ausgedrückt für die Leitung der auswärtigen Politik, wir sind die letzten, die nicht dankbaren Herzens daran denken, wie eifrig Fürst Hohenlohe an der Lösung einer Reihe politischer Aufgaben, zum Beispiel der Schaffung der Militärstrafprozeßordnung und der Aufhebung des Koalitionsverbots, betheiligt war, und wie gut er es vermöge seiner konzilianten Natur verstanden hat, manche Schwierigkeit aus dem Wege zu räumen. Das erkennen wir gern an. Um so mehr bedauern wir es, daß er nicht im Sommer Alles eingesetzt hat, um den Reichstag einzuberufen. Es freute uns, daß der neue Reichskanzler gestern erklärt hat, er werde sich angelegen sein lassen, die Rechte der Volksvertretung zu wahren. Eine Verfassungsverletzung aber liegt ganz zweifellos vor, denn alle Ausgaben müssen etatisirt werden. Nun ist es ja klar: minima non curat praetor! Bei Etatsüberschreitungen, die aus den Verhältnissen heraus sich ergeben oder die an und für sich gering sind, haben wir nichts dagegen, daß sich die Regierung die Summen nachträglich bewilligen läßt; daß das billig ist, hat selbst der Abg. Bebel einmal in der Budgetkommission anerkannt. Aber in dieser Angelegenheit war die Einberufung des Parlaments mit thunlichster Beschleunigung dringend nöthig. (Sehr wahr.)

Nun zu der Frage: Nachträgliche Genehmigung oder Indemnität? Wenn man Staatsrechtslehrbücher aufschlägt, so könnte man meinen, es sei das nur ein Streit um Worte. Aber dem gegenüber steht die frühere Gepflogenheit des deutschen Reichstags. Eine weitere Frage ist es, ob nicht die verbündeten Regierungen auch Indemnität verlangen sollen für die Verletzung des Militärgesetzes durch die neuen Truppenformationen. Diese Frage wird in der Kommission einer gründlichen Prüfung bedürfen. Im Uebrigen hat ja der Kriegsminister gestern schon die Erklärung abgegeben, daß es den Traditionen der deutschen Armee entspricht, daß man die Truppentheile nicht ohne Fahnen ausziehen läßt, und er giebt auch zu, daß die Formationen ohne gesetzliche Grundlage nicht aufrecht erhalten werden können. Wir werden in der Kommission insbesondere noch die Frage zu erörtern haben, ob es nicht nothwendig ist, Bestimmungen darüber zu treffen, daß der Reichstag unter bestimmten Voraussetzungen innerhalb einer bestimmten Frist einberufen werden muß.

Wir sind erfreut darüber, daß die Regierung sich ihres Zieles, der Vertretung der deutschen Interessen im Auslande, bewußt ist. Wir sind auch überzeugt, daß eine energische Durchführung dieser Politik nothwendig ist, aber auf der anderen Seite halten wir es für richtig, daß eine solche Politik nur gemacht werden kann in enger Fühlung mit der Nation unter rechtzeitiger Heranziehung und Mitverantwortung des Reichstags. Der Abg. Bebel hat seine gestrige Rede mit den Worten geschlossen: „Wir protestiren gegen die Chinapolitik im Namen des Rechts und im Namen der Menschlichkeit.“ Wir stehen auf einem anderen Standpunkte: Wahrung deutscher Ehre, Wahrung deutschen Rechtes, Förderung, deutscher Interessen zu Lande und auf der See, aber auch Achtung vor den Rechten der deutschen Volksvertretung! (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. **v. Levetzow** (kons.) (auf der Tribüne schwer verständlich): Die Mehrheit im Reichstage und die Mehrheit im Lande sind darüber einig, daß durch die Vorgänge in China die Ehre, das Ansehen und die Interessen unseres Vaterlandes verletzt sind, daß der Kaiser und die verbündeten Regierungen alle Veranlassung hatten, gegen die in China geschehenen Handlungen der Barbarei schnell und energisch einzuschreiten, und daß die Wege, die hierzu beschritten sind, zu billigen sind. Daraus folgt, daß die durch den China-Feldzug entstandenen Kosten bewilligt werden müssen. Meine Freunde werden daher für die Vorlage stimmen, aber sie in der Kommission des Näheren prüfen, um zu erwägen, ob etwa eine größere Spezialisirung den einzelnen Posten vorgenommen werden muß. Wir haben das Vertrauen zu dem gegenwärtigen Reichskanzler, daß er die deutschen Interessen in geeigneter Weise vertreten wird. Es ist den verbündeten Regierungen vorgeworfen worden, daß sie den Reichstag nicht früher einberufen haben, um ihm die Forderung für die China-Expedition vorzulegen. Einen Verfassungsbruch können wir hierin nicht erblicken. Die Verfassungsmäßigkeit ist gewahrt, wenn die Nothwendigkeit für die Ausgaben nachgewiesen und nachträglich Genehmigung ertheilt wird. Auf das Wort Indemnität legen wir keinen Werth. Die Unterscheidung zwischen Indemnität und nachträglicher Genehmigung erscheint mir etwas spitzfindig. Wenn Sie nachträglich genehmigen, dann ertheilen Sie Indemnität. (Sehr richtig! rechts.) Graf Waldersee verdient den Dank des Vaterlandes dafür, daß er trotz seines hohen Alters sich den Strapazen des Krieges unterzieht. Wir pflegten allerdings nicht mit Trara, sondern still in den Kampf zu gehen und Feste erst zu feiern, wenn wir siegreich zurückkehrten (Heiterkeit, sehr richtig!). Einen Vorwurf können wir ihm daraus aber nicht machen, wie es der Abg. Bebel gethan hat. Seine Ausführungen haben meinen Stolz als Deutscher und als Reichstagsmitglied empfindlich berührt. Die von ihm zitirten Soldatenbriefe sind nichts als Renommage. Die darin geschilderten Schandthaten entsprechen nicht deutscher Art. Sollte aber irgend etwas daraus den Thatsachen entsprechen, so wird gewiß, wie der Herr Kriegsminister angekündigt hat, die Remedur nicht ausbleiben. (Beifall rechts.)

Abg. **Richter** (fr. Vp.): Unsere Grundanschauung über die China-Frage ist eine durchaus andere, als die des Abg. Bebel. Wir sind der Meinung, daß es eine unbedingte Nothwendigkeit war, in dem Augenblick, wo die Ermordung des deutschen Gesandten, die Belagerung der Gesandtschaften und der Fremden bekannt wurde, eine militärische Machtentfaltung vorzunehmen. Keine Nation konnte sich dieser Nothwendigkeit entziehen. Die Anerkennung der Nothwendigkeit einer militärischen Machtentfaltung schließt aber noch keine Anerkennung aller Maßnahmen der Chinapolitik der Regierung in sich. So billigen wir insbesondere nicht die zweite Truppensendung. Ende August lag die Sache ganz anders. Da hatte man sich überzeugt, mit wie wenigen regulären Truppen die Widerstandskraft der Chinesen gebrochen werden kann. Die anderen Staaten haben auch ihre Rüstungen damals eingestellt. Ich kann mir den zweiten Truppentransport nur erklären, wenn ich ihn mit der Ernennung des Grafen Waldersee zum Oberbefehlshaber in Zusammenhang bringe. Man wollte diesem Oberbefehl dadurch ein besonderes Prestige geben. Ich bin der Meinung, daß die Uebernahme des Oberbefehls ein schwerer politischer Fehler war. Wir haben ihn den andern Staaten aufgedrungen; es ist nicht richtig, daß uns Rußland darum ersucht hat. Der Herr Reichskanzler hat gestern seine Worte sehr vorsichtig gewählt, um nicht mit der amtlichen russischen Note in Widerspruch zu gerathen. Deutschland war nicht berufen, den Oberbefehl anzunehmen, weder nach seiner geographischen Lage, noch nach der Bedeutung seines Handels, noch nach dem Umfang seiner Interessen in China. Der Eindruck, den die Uebernahme des Oberbefehls machte, wurde noch gesteigert durch die Art der Inscenirung der Abreise des Feldmarschalls, durch diesen Tamtam oder, wie der Abg. v. Levetzow sagte, dieses Trara; das eine Wort ist hier so richtig wie das andere. Der Herr Kriegsminister hat gesagt, Graf Waldersee habe diesen Dingen persönlich ganz fern gestanden. Ich will das nicht untersuchen; aber eigenthümlich ist es doch, daß aus seiner unmittelbaren Umgebung die Telegramme an das Wolffsche Bureau gelangten, in denen die Rede war von einem Triumphzug, von Ovationen, wie sie seit 1870 nicht mehr dagewesen seien ꝛc. Diese Inscenirung war in der That eine Bühnenleistung ersten Ranges (Sehr richtig! Heiterkeit). Diese Erscheinung war ja nicht individuell. Die ganze Politik wird schon seit längerer Zeit theatralisch, dekorativ betrieben, mehr, als man das früher gewohnt war. (Lebhafte Zustimmung links.) Früher war das anders. Da machte man nicht große Worte, sondern schuf große Thaten, und selbst nach diesen Thaten waren die Worte noch sehr bescheiden. (Lebhafte Zustimmung links.) Man braucht in dieser Beziehung nur an den Grafen Moltke zu denken, der mit Recht den Namen „der Schweiger“ geführt hat. Als diese ganzen Vorgänge sich abspielten, las ich in einer Zeitung, die an der Wasserkante erscheint: Man soll nicht eher Hering rufen, als bis man ihn am Schwanz hat. (Heiterkeit.) Die brüske Art, mit der Rußland plötzlich das Gros seiner Truppen aus der Provinz Petschili gezogen hat, ohne sich darüber mit der deutschen Regierung oder dem Oberbefehlshaber zu verständigen, ist eine Folge dieser Inscenirung der Uebernahme des Oberbefehls gewesen, die ihm nicht behagte. Dem Beispiel Rußlands sind dann die Amerikaner gefolgt, und, wenn die Zeitungen Recht haben, neuerdings auch Japan, so daß, als der Oberbefehlshaber ankam, er gegenüber den russischen, amerikanischen und japanischen Truppen gewissermaßen ein Oberbefehlshaber in partibus infidelium war. (Große Heiterkeit).

Dieser Ueberschwall ist ja auch sonst hervorgetreten in Frühstücks- und anderen Reden. Der Herr Kriegsminister hat gestern bedauert, daß hier Reden des Kaisers in die Diskussion gezogen würden. Es ist mir lieb, daß diese Frage von der Seite aus generell zur Sprache gebracht worden ist. Ich theile das Bedauern; aber ich bedauere vor Allem die Ursache der ganzen Erscheinung, die es uns nothwendig macht, die Reden des Kaisers in die Diskussion zu ziehen (Lebhafter Beifall links). Wo liegt diese Ursache? Der gegenwärtige Monarch erläßt mehr, als es frühere Monarchen gethan haben, öffentliche Kundgebungen programmatischer Art, Direktiven für die Verwaltung, Einleitungsreden zu Maßnahmen der Gesetzgebung. Er sucht durch diese Reden Stimmung zu machen im Volk für Das, was er für richtig hält. Nun, wir sind die Vertreter des Volks: sollen wir dazu schweigen, Vogel Strauß-Politik treiben, thun, als wenn alle diese Reden gar nicht in der Welt wären? Damit würden wir uns eine capitis deminutio zu schulden kommen lassen, wie wir sie vor dem Volke nicht würden verantworten können. Dazu kommt noch, daß diese Reden häufig direkte Angriffe auf einzelne Parteien enthalten, zuweilen sogar auf die Mehrheit des Reichstages. Wenn wir dazu Stellung nehmen, so handeln wir nur in Wahrnehmung berechtigter Interessen. (Sehr richtig!) Ich möchte den Kriegsminister bitten, seinen weitreichenden Einfluß (Heiterkeit) dafür einzusetzen, daß der Monarch jedesmal, bevor er Reden von programmatischer Bedeutung hält, sich über Inhalt und Form dieser Reden mit den verantwortlichen Ministern verständigt. (Lebhafter Beifall.) Wenn das geschähe, dann würde Manches fortfallen, was uns hier Anlaß zu berechtigter Kritik giebt. Der Monarch mag noch so arbeitskräftig und arbeitslustig sein: das öffentliche Leben ist heute so vielgestaltig, daß kein Mensch es ganz übersehen kann. Unsere Zuständigkeit ist ja nur beschränkt gegenüber der des Monarchen, aber ich frage: Wer ist auch nur unter uns im Stande, alles, was zu unserer Zuständigkeit gehört, zu übersehen, sich über Alles auf dem Laufenden zu halten und über Alles ein Urtheil abzugeben? Wer so etwas unternimmt, muß unvermeidlich in Irrthümer verfallen und ungerechte Vorwürfe erheben. Ich erinnere an das Beispiel der Kaiserrede über die Hamburger Werftarbeiter. Ich bin gespannt zu hören, wie man versuchen wird, das, was gestern der Abg. Bebel darüber gesagt hat, zu widerlegen. Ich stehe der Sache ganz fern, aber ich habe den Eindruck, daß hier auf Grund ganz unzureichender Kenntniß der Dinge schwere Vorwürfe erhoben worden sind. Wenn die Minister in der Lage wären, über Inhalt und Form der Reden des Kaisers sich vorher mit dem Monarchen zu verständigen, so würde auch manche Wendung fortfallen, die geeignet ist, in der öffentlichen Meinung zu verletzen und Mißbilligung hervorzurufen. (Sehr richtig!) Wer sich in einem Cirkel von Personen bewegt, die nicht berufen sind, ihm gegenüber eine selbständige Meinung zu äußern, der wird nur zu leicht dazu verführt, etwas für öffentliche Meinung zu halten, was das Gegentheil davon ist. (Sehr richtig!) Auch mit Rücksicht hierauf ist eine vorhergehende Verständigung mit den Ministern nothwendig. Aber auch wenn diese Verständigung nicht erfolgt ist, so sind doch die Minister für den Inhalt der Reden verantwortlich, und wenn sie diese Verantwortung nicht übernehmen wollen, so müßten sie nachher ihren Abschied nehmen (Sehr richtig! links). Der Kriegsminister hat die Verantwortung für die sogenannte Hunnenrede gestern zu übernehmen versucht, so schwer ihm auch die Aufgabe gefallen ist (Heiterkeit). Ich hätte die Gesichter der Minister sehen mögen, als diese Rede gehalten wurde (Heiterkeit). Der Kriegsminister hat sehr deutlich gefühlt, daß er diese Rede eigentlich nicht verantworten kann. Er hat darum die Sache anfänglich zu vertuschen gesucht und zunächst den Abschnitt über die Hunnen der Oeffentlichkeit vorzuenthalten gesucht. (Hört! hört!) Das ist ihm nun freilich nicht im Mindesten gelungen, denn die Redakteure der Bremerhavener Blätter waren fixer als er. (Heiterkeit.) Der erste Abschnitt, worin es heißt, daß kein Pardon gegeben werden solle, ist anfänglich allerdings durch das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet worden. Dann aber hat man erkannt, daß eigentlich auch das nicht zu verantworten sei, und so kam denn noch nachträglich in der Nacht eine zweite Depesche von Wolff an die Redaktionen, worin auch dieser erste Abschnitt unterdrückt wurde. (Hört, hört!) Sie sehen, in welche schiefe Lage ein verantwortlicher Minister durch solche Reden gebracht werden kann, über deren Inhalt und Form keine Verständigung erfolgt ist.

Herr Lieber hat sich über die Betonung des religiösen Moments dieses Feldzuges gefreut. Ich stimme ihm darin nicht bei. Ich halte die Betonung des religiösen Moments für einen politischen Fehler, denn diese Wirren und Frevelthaten der Chinesen sind ja im Wesentlichen auch erzeugt durch religiösen Fanatismus auf jener Seite. Wenn nun dort die Vorstellung erweckt wird, daß auch wir die Expedition als eine religiöse auffassen, daß wir die christliche Religion an die Stelle der chinesischen zu setzen streben, wie kann das für die Unterdrückung der Wirren förderlich sein? Ich meine, man sollte überhaupt Religion und Politik nicht mit einander verquicken; wo das geschieht, verdirbt es die Religion in gleicher Weise wie die Politik. Es verdirbt nach meiner Meinung zweifellos die Politik des Centrums, denn ich bin überzeugt, daß viele kolonialpolitische Forderungen nicht die Zustimmung des Centrums finden würden, wenn man dort nicht damit zugleich das Missionswesen zu fördern hoffte. Aber wird die Missionsthätigkeit wirklich dadurch gefördert? Von alledem, was man sich von der Besetzung Kiautschous für die Missionen versprochen hat, ist gerade das Gegentheil eingetreten. Das Missionswesen ist in einer Weise durch die chinesischen Wirren gestört worden, daß man Jahrhunderte brauchen wird, um auch nur auf den bisherigen Standpunkt wieder zu gelangen. Die Nachtheile der Verquickung von Politik und Religion werden ja auch von den Geistlichen selbst mehr und mehr zugegeben. Auch Professor Harnack hat es unlängst in einer Rede anerkannt, daß vom Standpunkt der Missionen aus das Eingreifen der Großmächte keine günstige Wirkung habe und zu leider unvermeidlichen Schwierigkeiten führe. (Hört, hört! links.) Nach Allem, was man gehört hat, sind die chinesischen Christen die besten Brüder auch nicht. (Heiterkeit.) Es wird vielfach behauptet, daß viele, nur von materiellen Rücksichten geleitet, das Christenthum angenommen haben. Jedenfalls steht das Eine für mich schon heute fest: Wenn die Staatsgewalt sich für verpflichtet hält, die Missionen selbst im Innern von China in der Weise zu schützen, wie sie es sich vorgenommen hat, dann muß sie auch das Recht haben, dafür zu sorgen, daß die Missionsthätigkeit nicht provokatorisch wirkt und keine Wirren hervorruft. (Sehr richtig!)

Die Frage, ob das Wort des Kaisers „Pardon wird nicht gegeben“ als ein Befehl des obersten Kriegsherrn an die Truppen aufzufassen ist, — diese Frage hat der Kriegsminister nicht gelöst, er hat sie umgangen. Man ist zweifellos veranlaßt, zu untersuchen, inwieweit die in den Briefen geschilderten Vorgänge als Folgeerscheinungen jener Parole zu betrachten sind. Diese Anschauung wäre der Kriegsminister sehr leicht zu widerlegen im Stande, wenn er uns irgendwelche chinesische Kriegsgefangene nachzuweisen vermöchte. (Sehr richtig!) Das hat er nicht gekonnt. Man hat noch nicht gehört, daß chinesische Kriegsgefangene an irgend einem Ort internirt worden sind. (Sehr richtig!) Es ist nicht der miles gloriosus, der diese Briefe schreibt, die Leute prahlen nicht mit diesen Dingen, sondern sie äußern Ekel darüber und wünschen, wie es in einem Briefe heißt, daß das Schlachten endlich ein Ende nehme. Es handelt sich also gar nicht darum, hier Sentimentalität zum Ausdruck zu bringen, sondern um die einfache Frage: Waren solche Massenexekutionen gegen Wehrlose nicht zu vermeiden? Wir haben den Eindruck, daß diese Massenexekutionen eine Folge der Parole sind: „Pardon wird nicht gegeben!“ Nun hat der Kriegsminister der Sache einen historischen Hintergrund zu geben gesucht. (Große Heiterkeit.) Er hat die Expedition hingestellt als einen Akt der Vergeltung für die Mongoleneinfälle vor anderthalb tausend Jahren. Die Mongolen haben damals bei uns gehaust, nun können wir es ihnen vergelten! (Heiterkeit.) Ja, Gottes Mühlen mahlen langsam aber sicher. (Erneute Heiterkeit.) Attila erhielt den Namen Gottesgeißel, nun soll Graf Waldersee die Gottesgeißel sein. (Heiterkeit.) Ja, meine Herren, was würde aus der Welt wohl werden, wenn man das zum Prinzip erhöbe, nach Jahrtausenden etwas zu rächen, was andere Völke verbrochen haben? Dann würden wir aus dem Männermorden gar nicht herauskommen. (Sehr richtig!) Ist denn die Welt gar nicht fortgeschritten in dieser langen Zeit? Schätzen wir denn die Kultur nur im Verkehr mit anderen Kulturvölkern? Nein, wir schätzen sie um ihrer selbst willen, und darum müssen wir sie auch gegenüber Völkern auf niederer Kulturstufe bethätigen. Sehr richtig! Wenn einem hochgebildeten Offizier eine solche Entgleisung passirt, wie gestern dem Kriegsminister, dann ist das ein neues Zeichen dafür, wie schwer die Aufgabe ist, die Verantwortung für jene Rede des Kaisers zu übernehmen. (Sehr richtig! links.) Eine Demoralisation unserer Truppen in China würde ich umsomehr bedauern, als auch ich vollständig die Anerkennung für ihre Tapferkeit und vorzügliche Haltung in den Gefechten theile. (Beifall.) Der Reichskanzler war sichtlich bemüht, möglichst viel Wasser in den Wein der kaiserlichen Reden zu gießen. (Heiterkeit.) Es ist dem Kaiser von China mitgetheilt worden, daß er bei einer Rückkehr nach Peking mit allen Ehren empfangen werden würde. Ich meine aber, Graf Waldersee wird es nicht bedauern, daß es ihm erspart worden ist, seine Truppen vor dem Kaiser von China das Gewehr präsentiren zu lassen, nachdem vorher angekündigt worden ist, daß kein Pardon gegeben werden soll. (Sehr richtig!) Indessen ich tadele es gar nicht, wenn die Regierung jetzt mildere Seiten aufzieht, denn ich wünsche nicht, daß sie etwas aufrecht erhält, worin sie nicht von den anderen Mächten unterstützt wird. Unsere Aufgabe kann nur sein, in Reihe und Glied mit den anderen Mächten zu wirken. Wenn das aber richtig ist, dann sollte man nicht vorher urbi et orbi Programme bekannt geben, die man nachher doch nicht aufrecht halten kann. (Lebhafte Zustimmung.) Wie der Chinamann denkt, weiß doch Niemand. In dem heute bekannt gewordenen Telegramm des Kaisers von China steht von dem, worauf es ankommt, nichts. Auf das amtliche China können wir uns nicht verlassen. Es [illegible] Völker Europas, wahret Eure heiligsten Rechte! Aber die Völker Europas haben sich vereinigt, um der gelben Rasse die besten Kräfte zu liefern und sie mit Instrukteuren zu versehen, damit sie sich gegen die Völker Europas möglichst kräftig wehren [illegible]. Und Allen voran ist Deutschland gegangen. Es [illegible] das internationale Uebereinkommen mit England [illegible] worden. Ich weiß nicht, wozu das Uebereinkommen getroffen worden ist, denn es enthält nur das, von dem [illegible] nahm, daß schon bisher alle Mächte darin übereinstimmen. Immerhin ist es mir lieber, Deutschland in Ostasien an der Seite Englands zu sehen, als in dem ostasiatischen Dreibund mit Rußland und Frankreich. Der erste Fehler der Chinapolitik war es, daß man sich mit Rußland und Frankreich verband, um den Japanern in die Arme zu fallen. (Sehr richtig! links). Dem Uebereinkommen stimme ich im Ganzen zu. Gebietserweiterungen wollen wir nicht haben. Unser Platz an der Sonne in Kiautschou ist heiß genug. Die Vertheidigung von Kiautschou kostet uns jetzt schon mehr, als die Deutschen durch die ganze Ausfuhr nach China verdienen. Bezüglich der 80 Millionen-Anleihe stehe ich auf dem Standpunkte der Regierung. In der Etatdebatte werde ich näher darauf zurückkommen. Was nun die Einberufung des Reichstags betrifft, so hat sich der Abg. Lieber darüber entrüstet, daß man diesem Reichstag eine solche Behandlung bietet, der doch seine patriotische Gesinnung überall bewiesen hat. Ich meine, daß gerade alle die bereitwilligen Bewilligungen für Heer und Marine dazu geführt haben, uns so zu behandeln. Gerade darum treten wir stets so zähe für die Wahrung des Geldbewilligungsrechts des Reichstags ein, weil es der Angelpunkt des Konstitutionalismus ist. Für die Nicht-Einberufung des Reichstags hat man den guten alten Hohenlohe verantwortlich gemacht. (Heiterkeit). Zu keiner Zeit hat man den Kopf des Reichskanzlers weniger wahrgenommen, als gerade in diesem Sommer — und jetzt will man ihn wie einen Sündenbock in die Wüste schicken! Herr Dr. Lieber hat die Ritterlichkeit des Grafen Bülow gelobt, mit der er für den früheren Reichskanzler eingetreten ist. Graf Bülow war thatsächlich im Sommer der eigentliche leitende Staatsmann. Wenn er mit dem nöthigen Nachdruck erklärt hätte, bei der auswärtigen Politik werde er durch die Nicht-Einberufung des Reichstags geschädigt, so wäre Fürst Hohenlohe keinen Augenblick im Zweifel gewesen, den Reichstag einzuberufen. (Heiterkeit, sehr gut! links.) Jetzt kann ich seine Ritterlichkeit nicht besonders loben. Andere haben gesagt, Graf Posadowsky, noch Andere, Tirpitz trüge die Schuld. Ich sage: Sie sind allzumal Sünder! (Große Heiterkeit.) Wenn man auch Anfang Juli die Verwickelungen noch nicht genügend übersehen konnte, so war man jedenfalls Ende Juli dazu im Stande, als den verbündeten Regierungen jene Cirkularnote vorgelegt wurde. Damals wäre die Einberufung jedenfalls am Platze gewesen. In der Vorlage steht nichts über die neuen Heeresformationen. Das zeigt wieder, wie kavaliermäßig die ganze Sache behandelt wird. (Sehr richtig! links.) Auch ich zolle der Heeresverwaltung Anerkennung für die Energie, mit der sie hier vorgegangen ist. Wenn es aber möglich war, in einem

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

unvorhergesehenen Falle mit solcher Schnelligkeit genug Truppen hinauszuschicken, so frage ich: Wozu brauchen wir dann noch die Kolonialtruppen? Indemnität bedeutet Verzicht auf Strafe. Ich bin weit entfernt, die moralische Bedeutung zu unterschätzen, die darin liegt, wenn eine solche Erklärung in das Gesetz aufgenommen wird. Aber, wie die Dinge bei uns liegen, ist es auch noch so, wenn die Indemnität nicht ertheilt wird, denn der Reichstag hat keine Handhabe, um die Verfassungswidrigkeit zu ahnden. Viel wichtiger, als Sühne für die Vergangenheit, sind Vorkehrungen für die Zukunft, denn der Reichskanzler und die Minister sind wie die Blumen auf dem Felde. (Heiterkeit.) Es ist nothwendig, daß der Reichskanzler die Verantwortlichkeit allein trägt. Mir ist es so vorgekommen, als ob Fürst Hohenlohe nur die Stellung etwa eines verantwortlichen Redakteurs hatte, der die Zeitung erst zur Besichtigung bekommt, wenn sie schon gedruckt ist (Heiterkeit). Ich wünsche nicht, daß ein Minister über sein Ressort so hinauswächst, wie Miquel im preußischen Ministerium. Graf Bülow wird noch manche Arbeit haben, um mit dem thatsächlichen preußischen Ministerpräsidenten Herrn v. Miquel auszukommen. (Heiterkeit.) Der Bundesrath hat jetzt so wenig zu sagen, er ist so herunter gedrückt, daß es gar nicht mehr schlechter werden kann. (Sehr richtig! links.) Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers muß zur Wahrheit werden, nicht nur nach oben, sondern auch dem Reichstag gegenüber. Der Reichstag muß ein Klagerecht gegen den Reichskanzler für den Fall eines Verfassungsbruchs haben. Schon in den 60er Jahren ist ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz eingebracht worden, und das war an erster Stelle unterschrieben von dem damaligen Abg. Miquel. (Heiterkeit.) Ein Hofprediger hat neulich gesagt, wir träten jetzt in eine neue Epoche der Weltgeschichte ein, das Deutschthum müsse siegreich immer weiter vordringen, es müsse am deutschen Wesen einstmals noch die Welt genesen. Wenn ein Hofprediger so spricht, so kann man annehmen, daß er damit den Gesinnungen und Stimmungen entspricht, die an hoher Stelle vorwalten. Der Reichskanzler hat gestern gesagt: Wir wollen keine Bonopartes werden. Ich erinnere ihn aber an den Ausspruch, daß jenseits des Ozeans von jetzt ab keine Entscheidung ohne den deutschen Kaiser getroffen werden dürfe. Das ist ein Grundsatz, der meines Wissens von keinem Bonoparte in dieser Weise ausgesprochen worden ist. (Sehr richtig!) Der Reichskanzler sagte gestern, die Regierung ziehe die Lehren aus der Geschichte. Mag sein, aus der deutschen, nicht aber aus der römischen Geschichte; so weit scheint man im Studium nicht gekommen zu sein. (Heiterkeit.)

Die Erfahrungen der letzten Jahre sind gerade geeignet, Diejenigen, die eine Weltpolitik anstreben, eines Besseren zu belehren. Was haben denn die Engländer mit ihrem Imperialismus erreicht? Was haben die Amerikaner auf den Philippinen erreicht? Handel und Wandel sind jetzt in Deutschland in einer absteigenden Konjunktur. Dazu haben zweifellos der südafrikanische Krieg und die chinesischen Wirren beigetragen. Spricht man die Leute aus den Erwerbskreisen, so hört man: Ach, wenn doch die Wirren zu Ende wären! Dort herrscht keine Neigung nach neuen überseeischen Verwicklungen. Die Zukunft Deutschlands liegt wahrhaftig nicht auf dem Wasser, sie liegt im Lande selbst (Sehr richtig! links), und im Lande sind so viel schwierige und große Aufgaben für die Regierung zu lösen, die fruchtbringender und dankbarer sind als die überseeischen Probleme in Ostasien oder sonstwo. (Lebhafter Beifall links.)

Reichskanzler Graf **Bülow:** Die Ausführungen des Abg. Richter geben mir keine Veranlassung, dem, was ich gestern über meine Auffassungen hinsichtlich der verfassungsmäßigen Rechte des Hauses und über meine unbedingte Achtung vor den Verfassungsrechten des Reichstages hier ausgeführt habe, etwas Wesentliches hinzuzufügen.

Ich habe von dem, was ich gestern erklärt habe, nichts zurückzunehmen; ich habe aber auch nichts hinzuzufügen, und ich denke, die Mehrheit des Hauses wird sich über die Absicht, über den Sinn und über die absolute bona fides meiner gestrigen Erklärungen nicht im Zweifel befinden. Bezüglich der Einberufung des Reichstages muß ich zu meinem Bedauern dem Abg. Richter widersprechen. Es kann sich da nur um meinen Amtsvorgänger handeln. Die Reichsverfassung kennt nur einen einzigen verantwortlichen Mann im Reiche und die Verfassung bindet sowohl mich als den Abg. Richter. Die einzige verantwortliche Persönlichkeit im Reich war damals Fürst Hohenlohe. Ich glaube, was ihn veranlaßt hat, den Reichstag nicht einzuberufen, war zunächst die Erwägung, daß die Einberufung des Reichstages wegen der Chinaexpedition zur Voraussetzung gehabt haben würde die Vorlegung eines Ergänzungsetats für das laufende Jahr, und dazu war damals die Voraussetzung noch nicht gegeben. Dazu kam, daß der damalige Reichskanzler aus der Haltung eines Theils der Presse glaubte, die Ueberzeugung gewinnen zu können, daß die Einberufung des Reichstags nicht dem Wunsche aller Parteien entspreche. (Hört! hört!) Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich sage, daß es namentlich ein Blatt war, was in dieser Beziehung den damaligen Reichskanzler zu seinem Verhalten veranlaßt hat, nicht blos, weil es ein überaus geschickt redigirtes Blatt ist, sondern auch weil ihm Beziehungen nachgesagt werden zu einem sehr hervorragenden Parlamentarier (Heiterkeit), dessen Beredtsamkeit wir soeben alle erfahren haben. (Erneute Heiterkeit.). Ich meine die „Freisinnige Zeitung". (Abg. Richter ruft: Datum nennen!). Am 4. Juli, d. h. gerade im kritischen Moment, wo es sich darum handelte, ob der Reichstag einberufen werden sollte oder nicht, brachte die „Freisinnige Zeitung" einen Artikel, in dem es heißt:

> Ob es angemessen ist, den Reichstag einzuberufen, läßt sich erst entscheiden, wenn ein klarer Thatbestand über die in Betracht kommenden Verhältnisse vorliegt. Auch ist eine feste Stellungnahme von deutscher Seite nur möglich nach Vereinbarung mit anderen Mächten auf der Grundlage eines solchen Thatbestandes. Gegenwärtig vermögen auch vor den anderen Parlamenten die Minister alle Anfragen garnicht zu beantworten ... An sich sind die bisherigen außeretatsmäßigen Ausgaben nicht so erheblich, um aus formellen Gründen den Reichstag einzuberufen. (Hört! hört!) Nach der „National-Zeitung" ist bis jetzt weder innerhalb der verbündeten Regierungen die Einberufung beabsichtigt, noch sind dem Bureau des Reichstags irgendwelche Andeutungen zugegangen, daß eine außerordentliche Session bevorsteht." (Hört! hört!)

Ich gebe zu, daß der Artikel ein wenig gewunden ist und auf Stelzen gestellt ist; das pflegt aber bei offiziösen Ennunziationen häufig der Fall zu sein. (Stürmische Heiterkeit.) Ich habe den Eindruck, daß der Verfasser dieses Artikels die Einberufung des Reichstags in jenem Augenblick optima fide noch nicht für nothwendig hielt. Ich verrathe kein Geheimniß, wenn ich sage, daß ich zu Denjenigen gehöre, welche der Meinung waren, daß sehr wichtige Gründe für die Einberufung des Reichstags sprachen. (Hört, hört!) Aber als ich jenen Artikel las, da sagte ich mir: Da muß ich mich fügen, gegen Herrn Richter kann ich nicht aufkommen. (Erneute Heiterkeit.) Ich kann nur sagen: Wenn wieder ein ähnlicher Fall sich ereignen sollte, hoffentlich nicht in absehbarer Zeit, und wenn ich dann noch an dieser Stelle stehen sollte, was ich auch noch nicht weiß (Heiterkeit), dann werden Sie einberufen werden, darauf können Sie sich verlassen. (Große Heiterkeit.)

Nun ist der Abg. Richter auch zurückgekommen auf das Verhältniß zwischen Deutschland und Rußland, über das ich mich gestern ausgesprochen habe, und er hat die Ansicht geäußert, daß der russische Evakuationsvorschlag zurückzuführen sei auf eine Mißstimmung gegen uns. Das war nicht der Fall. Dies anzunehmen heißt doch, die Sachlichkeit und Ruhe unterschätzen, mit welcher die russische Politik geleitet wird, die sich ebensowenig wie die deutsche von Verstimmungen oder Stimmungen leiten läßt. (Rufe links: Na! na!) Für die deutsche Politik kann ich das garantiren, ich möchte es auch garantiren für die russische. Am allerwenigsten aber richtet sich der Vorschlag gegen unser Oberkommando, das ja vom Kaiser von Rußland in erster Linie in unsere Hände gelegt war. Wir haben dem russischen Evakuationsvorschlag im September nicht zugestimmt, weil wir glaubten, daß damals die Ausführung derselben nicht beitragen würde zu einer raschen Pazifizirung von China. Wir haben aber nicht verkannt, daß er bona fide gemacht war; die Diskussion über diesen Vorschlag zwischen uns und dem St. Petersburger Kabinet ist in der verbindlichsten Form geführt und hat keinerlei Schärfe zurückgelassen.

Was nun die Uebernahme des Oberbefehls durch den Grafen Waldersee betrifft, so ist es unzutreffend, daß wir unseren Oberbefehl Anderen aufgedrängt hätten. Der Gedanke eines deutschen Oberbefehls beruht auf einer von Außen her auf amtlichem Wege an uns gelangten Anregung. (Bewegung.) Mehr kann ich nicht sagen (Unruhe und Heiterkeit links), weil es sich handelt um einen Gedankenaustausch zwischen Souveränen, und ganz abgesehen davon giebt es Fälle, wo mir das Staatsinteresse ein Schloß vor den Mund legt, das Staatsinteresse, das mir noch höher steht als mein lebhafter Wunsch, im Uebrigen auf alle Fragen des Herrn Abgeordneten Richter zu antworten. (Große Heiterkeit.) Nun hat sich Herr Richter auch, zum Theil wenigstens, die Angriffe angeeignet, welche Herr Bebel gestern gegen die Missionare gerichtet hat. Wenn ich den Abg. Bebel richtig verstanden habe, so hat er gesagt, daß namentlich die katholischen Missionare bis zu einem gewissen Grade an dem Ausbruch der Unruhen die Schuld trügen. Ich halte diese Auffassung für unrichtig. Sie wird durch die mir zugegangenen Berichte nicht bestätigt, und ich werde mich durch den Abg. Bebel nicht verleiten lassen zu irgend welcher ungünstigeren Behandlung oder zu einer Differenzirung der katholischen Missionare. (Beifall im Centrum.) Dem Bischof Anzer rechne ich es zur hohen Ehre an, daß er seiner Zeit seine Mission unter deutschen Schutz gestellt hat; wir werden sie auch ferner schützen, und wir betrachten gerade wie im Orient so auch in China die Ausübung unseres Protektorats über die katholische Mission als eine Ehrenpflicht, der wir uns nicht entziehen werden. (Lebhafter Beifall im Centrum.) Dann ist Herr Richter auch mit den Cirkularnoten ins Gewicht gegangen, die ich in diesem Sommer erlassen habe. Bei diesen Noten kam es mir weniger auf die Form als auf die Sache an, nämlich auf den Vorschlag betr. Eruirung und Bestrafung derjenigen, die an den Greuelthaten schuld sind. Dieser Zweck ist erreicht worden; die Form gebe ich gerne preis. (Heiterkeit.) Nun hat Herr Richter weiter gesagt, daß Kiautschou nicht die Erwartungen realisirt hätte, die man an seine Erwerbung geknüpft hätte. Ich erinnere mich, daß schon vor zwei Jahren der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts daran erinnert hat, daß, als England seine Hand auf Hongkong legte, die englische Regierung von der Opposition auf das Heftigste angegriffen wurde. Ich habe gelegentlich mal die damaligen Verhandlungen durchgelesen. Da wurde vorgebracht, Hongkong wäre ein elendes Fieberneſt, in dem nichts zu holen wäre, lauter Steine, im Hafen von Hongkong werde niemals eine chinesische Zille landen, viel weniger ein europäisches Schiff u. s. w. Heute verzeichnet Hongkong jährlich einen Schiffsverkehr von, wenn ich nicht sehr irre, 10 oder 12 Millionen Tonnen Gehalt! Eine Kolonie kann natürlich nicht aufsprießen wie eine Blume in einer Nacht; aber die große Bedeutung von Kiautschou für unseren Handel und unsere Schifffahrt wird sich mehr und mehr herausstellen.

Nun hat sich Herr Richter auch auf eine Kritik der Reden Sr. Majestät des Kaisers eingelassen. Die Art und Weise, wie er diese Reden kritisirt hat, giebt mir Veranlassung, das Nachstehende zu sagen: Herr Richter hat zunächst die Frage der Verantwortlichkeit hinsichtlich dieser Reden aufgeworfen. Ich meine, es ist in der Reichsverfassung bestimmt, daß der Reichskanzler die Verantwortung trage für die Anordnungen und Verfügungen S. M. des Kaisers. Herr Richter wird selbst anerkennen, daß die Reden des Kaisers unter keine dieser beiden Kategorien fallen. Ich möchte aber keinen Augenblick zögern zu erklären, daß ich die volle moralische Verantwortung übernehme für die Rede S. M. des Kaisers, welche von der großen Mehrheit der Nation nicht mißverstanden worden. (Hört! hört! Lachen links, Zuruf des Abg. Bebel.) Herr Bebel, ich habe Ihnen gestern während Ihrer Rede mit der größten Aufmerksamkeit zugehört, Sie werden bezeugen, daß ich Sie nicht unterbrochen habe, nicht einmal durch einen Heiterkeitsausbruch. (Heiterkeit.) Nun würde ich sehr dankbar sein, wenn man mich auch ausreden ließe, denn eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, man muß sie hören alle beede. (Heiterkeit.) Die Rede S. M. des Kaisers in Bremerhaven wurde gehalten in einem Augenblick, wo angenommen werden mußte, daß alle in Peking eingeschlossenen Europäer eines martervollen Todes gestorben wären; ich halte es für vollkommen in der Ordnung, daß S. M. der Kaiser in diesem Augenblick zu den ausziehenden Soldaten als Soldat gesprochen hat und nicht als Diplomat. (Hört, hört!) Daß die Diplomatie dabei nicht zu kurz kommt, dafür lassen Sie mich sorgen! Es war meiner Ansicht nach durchaus nothwendig, daß die Soldaten erfuhren, mit wem sie es in China zu thun hatten. Ich wenigsten muß sagen, daß mir der kleine Finger eines deutschen Musketiers lieber ist, als das ganze Mordgesindel der Boxer. (Lebhafte Zustimmung.) Der Abg. Richter ist dann auf die Rede gekommen, die der Kaiser im Marinekasino in Wilhelmshaven gehalten hat. In dieser Rede hat der Kaiser die Ziele unserer Politik gekennzeichnet. Aber daß wir uns in großen Fragen nicht bei Seite schieben lassen wollen, das involvirt noch lange nicht die Tendenz, daß wir uns in Fragen, die uns nichts angehen, einmischen wollen. Aus solchen Fragen werden wir auch künftig die Finger heraus lassen. Aber die Ebenbürtigkeit Deutschlands mit den anderen Mächten giebt uns das Recht, mitzusprechen in der Welt. (Beifall.) Der Abg. Richter hat darauf hingewiesen, daß wir in China nicht allein stehen. Es stehen auch andere Mächte da, die zum Theil stärker engagirt sind als wir. Ich sehe nicht ein, warum wir nicht das übernehmen könnten und sollten, was andere auf ihre Hörner genommen haben.

Es hat Zeiten gegeben, wo man dem deutschen Volke das Recht auf Einigung bestritt. Wir sind aber trotzdem einig geworden. Es hat Zeiten gegeben, wo man uns den Großmachtskitzel austreiben wollte. Wir sind trotzdem eine Großmacht geworden und werden es mit Gottes Hilfe bleiben. (Lebhafter Beifall.) Ich bin überzeugt, daß sich die Nation das Recht auf eine verständige und besonnene Weltpolitik weder ausreden noch verkümmern lassen wird. (Widerspruch bei den Soz. und fr. Vp. Lebhafter Beifall auf allen übrigen Seiten des Hauses.)

Abg. **v. Kardorff** (Rp.): Ja, meine Herren, es ist in der offiziösen Presse behauptet worden, die Führer der großen Parteien hätten sich darüber verständigt, daß der Reichstag im Sommer nicht zu berufen sei. Ich konstatire, daß meine Partei eben so wenig wie andere Parteien überhaupt gefragt worden ist. Ich möchte wünschen, daß solche Flunkereien in der Presse unterbleiben. Der Reichstag ist gewiß manchmal unbequem, aber wir haben doch mal ein parlamentarisches System, und so lange wir es haben, müssen wir uns darnach richten. Ich will die Verdienste des Fürsten Hohenlohe nicht bestreiten, die in erster Linie darin bestanden, daß er unsere Politik aus dem unruhigen Fahrwasser geführt hat, in dem sie unter Caprivi segelte. Aber schon zur Zeit der Kanalfrage bei den Beamtenmaßregelungen zeigte sich, daß dem Fürsten Hohenlohe damals schon die Bestimmungen der preußischen Verfassung nicht mehr ganz gewärtig waren. Ebenso hat sich in diesem Sommer herausgestellt, daß ihm auch die Reichsverfassung nicht mehr ganz gewärtig ist. Was die vielbesprochenen Hunnenbriefe anlangt, so muß ich doch daran erinnern, daß bei solchen Soldatenbriefen die Phantasie die Ereignisse in glühenden Farben zu schildern pflegt. Herr Bebel war gestern außerordentlich zartfühlend. Seine Parteigenossen sind bei Strikes absolut nicht so zartfühlend gegen Arbeitswillige. Auch die Kommunards waren durchaus nicht zartfühlend. Das Wesen der Mission versteht Herr Bebel gar nicht. Diese Leute haben eine ganz außerordentlich segensreiche Thätigkeit entfaltet. Herr Bebel hat sehr viel vom Christenthum gesprochen; ich kann ihm aber nur empfehlen, erst mal das Neue Testament gründlich zu lesen. Es ist die Aufgabe des Menschengeschlechts, die Erde sich dienstbar zu machen. Herr Bebel wird den Lauf der Weltgeschichte nicht aufhalten, nicht hindern, daß junge, kräftige Nationen diese Exploitirung der Erde an sich reißen. Daß wir den Oberbefehl übernahmen, ergab sich von selbst aus dem Antagonismus zwischen Rußland und England und aus dem Umstande, daß wir die geringsten Interessen in China haben. Ich habe zur Energie des Reichskanzlers alles Zutrauen und hoffe, daß er unsere Politik in günstige Bahnen lenken wird. Ich beantrage ebenfalls Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. **Rickert** (fr. Vgg.): Ich meine, man kann es schon mit voller Sicherheit annehmen, daß die Vorlage von allen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten angenommen werden wird. Der Reichskanzler hat uns die Arbeit erleichtert und hat mit großem Geschick einer Anzahl von Reden vorgebeugt, die hier sonst gehalten worden wären. Dem Fürsten Hohenlohe rechnen wir es zum hohen Verdienst an, daß er an seinem Lebensabend noch Jahre seines Lebens dem Dienste des Vaterlandes gewidmet hat, aber den verfassungswidrigen Zustand in der letzten Zeit haben auch wir gemißbilligt, und wir freuen uns, daß er jetzt durch Nachsuchung der Indemnität sanirt werden soll. Ich stehe überhaupt auf dem Standpunkt, daß die Regierung in allen solchen Fällen, wo Etatsüberschreitungen vorkommen, Indemnität nachsuchen müßte. Wir leben doch nicht in einem absolut regierten Staat. Der Reichskanzler würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er einmal dem Unwesen der offiziösen Presse steuerte. Die Minister sollten dafür sorgen, daß nur genaue Berichte über die Kaiserreden verbreitet würden. Von der offiziösen Presse allein sind aber stellenweise drei verschiedene Lesarten publizirt worden. Die in den Briefen gemeldeten barbarischen Handlungen müssen jedenfalls sehr sorgfältig geprüft werden. Einiges Gegengewicht hält diesen Briefen aber gewiß die in den ausländischen Zeitungen vielfach ausgesprochene Bewunderung über die Manneszucht der deutschen Soldaten, die sich von derjenigen anderer Truppen, z. B. der russischen, sehr vortheilhaft unterscheide. Wir sind jedenfalls stolz darauf, daß wir schlagfertig sind, so daß in dem Moment, wo der kaiserliche Befehl erfolgt, alles Erforderliche geschehen kann. Darum darf man a[illegible] auch um ein paar tausend Mann nicht markten. Unnöthige [illegible] griffe in das innere, chinesische Leben müssen natürlich verm[illegible] werden. Dagegen eröffnet sich in China noch ein ganz ungeh[illegible] Gebiet für unsern Handel. Ich verweise hier auf einen [illegible] struktiven Artikel, den der bekannte Weltreisende von Hesse-[illegible] in der „National-Zeitung" veröffentlicht hat. In anschaulich[illegible] schildert er da, wie Dutzende von Chinesen ihn anstaunten, [illegible] er sich ein Streichholz anzündete oder sonst irgend ein ganz [illegible]kanntes Erzeugniß der europäischen Kultur hervorholte.

Hinsichtlich unseres kolonialen Besitzes in China aber [illegible] ich: Konsolidiren wir uns in dem, was wir haben. [illegible] hinaus Halt! Der deutsche Reichstag wird dem Reich[illegible] stets zur Seite stehen, wenn es sich um die Wah[illegible] deutschen Ehre und des deutschen Namens handelt od[illegible] es im Rathe der Völker gilt, Forderungen der Humanität [illegible] civilisirten Nationen zur Durchführung zu bringen. (Beifall.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Abg. **Ledebour** (soz.) erklärt, daß der Abg. Bassermann den Sinn seiner in Mainz gesprochenen Rede falsch aufgefaßt habe; er habe sich ausdrücklich gegen die Auffassung von Eduard Bernstein gewandt und sich auf den Standpunkt gestellt, den der Abg. Bebel gestern vertreten habe.

Abg. **Richter:** Der Herr Reichskanzler hat sich auf die Autorität der „Freisinnigen Zeitung" berufen, aber nur für den 4. Juli. Jetzt haben wir aber November. Ich würde ihm noch dankbarer sein, wenn er sich künftig nicht blos für Unterlassungen, sondern auch für positive Maßnahmen auf unsere Autorität berufen wollte. (Heiterkeit.)

Abg. **Bassermann** (nl.): Herr Ledebour hat mich mißverstanden. Er hat in Mainz gesagt, auch einzelne Sozialisten würden schon vom Sozialismus angekränkelt. Mehr habe ich nicht behauptet.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Schleuniger Antrag betr. Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Fischer-Sachsen; Fortsetzung der heutigen Berathung; Interpellation betr. die 12 000 Mark-Angelegenheit.

Schluß 5½ Uhr.

Verantwortlicher Redacteur Felix v. Eckardt,

Fleisch-Extract oder Suppenwürze?

Ein Wort zur Abwehr.

Liebig's Fleisch-Extract ist reine concentrierteste **Fleischbrühe** nach Justus von Liebig aus bestem Ochsenfleisch ohne fremden Zusatz hergestellt.

Suppenwürzen, Maggi's wie andere, werden garnicht aus Fleisch bereitet, sind vielmehr nichts als ein gewürzter viel Kochsalz enthaltender **Pflanzen-Absud.** Die Versuche, Suppenwürzen neben oder selbst über Fleisch-Extract zu stellen, sind daher vollständig widersinnig. 1290

Compagnie Liebig.

Dr. Kollmar's Nachfolger

Dr. chir. dent. August Kühling

in Amerika approb. Zahnarzt.

124a Kaiserstrasse 124a. 4997.26.8

1435

Grosse Auswahl in *Tafelservicen, Kaffeeservicen, Cristallservicen, Christofle-Bestecken* zu Fabrikpreisen.

Hotel- u. Haushaltungs-Einrichtungen.

Villinger, Kirner & Co., Karlsruhe.

Viktor Merkle, Karlsruhe i. B. Telephon 175.

Erstes Versand-Geschäft für: *Kolonialwaren • • • • Delikatessen • Weine Cigarren • • • • • • • •*

Gemüse- und Früchte-Konserven.

Preisliste franko zu Diensten. 1466

Die schönste Zierde für den **Weihnachtsbaum** ist ein reichhaltiges Sortiment

Glas-Christbaumschmuck,

enth. 300 Stück prachtvolle, farbige Glassachen, Früchte, schwebende Vögel, Kugeln, Glocken, Brillant-Reflexe, Obstkörbchen, Luftballons, Engel mit beweglichen Glasflügeln, Spitze, reizende übersponnene Neuheiten, Phantasiesachen, Eiszapfen, Lichthalter ꝛc., zum **enorm billigen** Preis von **Mk. 5.—** franco (Nachnahme Mk. 5.30). Ein Sortiment **größere** Sachen, 200 Stück, zum selben Preis. Sortimente in allen Preisen.

Kilian Müller Ph. Sohn, Lauscha, Th. No. 22.

Zur Weiterempfehlung enthält auch diesmal jede Kiste die im Vorjahr mit so großem Beifall aufgenommene **Geburt Christi,** aufstellbar, mit 24 farbigen Figuren bis 13 cm Höhe, über der Krippe Engel mit Gloria. Belehrende, freudenerregende Zugabe. Weihnachten 1899 wurden allein auf **Empfehlungen** und **Nachbestellungen mehr als 1400 Kisten expedirt.** Viele Hundert glänzende Zeugnisse liegen vor.

Hausverkauf.

Unser Haus, **Kaiserstrasse 86,** mit großen hellen Verkaufsräumen in 2 Stockwerken, Wohnungen im dritten und vierten Stock ist **zu verkaufen oder zu vermieten.** 1455

Leipheimer & Mende,

Karlsruhe.

Güter-Parzellierung

durch die

Landbank zu Berlin.

Die Landbank verkauft von ihren grossen Besitzungen

Hauptgüter, Vorwerke, Bauernstellen,

Ziegelei-, Wald-, Mühlen- und Seegrundstücke

in jeder Grösse und Preislage zu äusserst günstigen Bedingungen. 2828.26.25

Jede Auskunft mit **Beschreibungen** erteilt **kostenlos**

Bureau der Landbank.

Berlin W. 64, Behrenstr. 14–16.

WEISS & KÖLSCH,

— Détail —

Karlsruhe, Kaiserstraße 211.

Weihnachts-Verkauf

der unserem **Engros-Geschäfte** entnommenen

billigen, soliden Wollwaren.

Wir bringen Quantitäten:

Hemden, Jacken, Hosen, Socken, gestr. Westen, Handschuhe, Taschentücher

für Herren;

Hemden, Jacken, Hosen, Strümpfe, Unterröcke, Tücher, Shawls, Hauben etc.

für Damen;

Häubchen, Hütchen, Röckchen, Höschen, Schühchen, Stauchet, Shawls etc.

für Kinder

zum Verkauf und bieten hierdurch dem verehrl. Publikum eine

selten günstige Gelegenheit

zur Beschaffung billiger, praktischer

Weihnachtsgeschenke.

Versand nach auswärts. 1440

Kaiserstraße 101/103, Filiale: Werderstraße 48.

Christ. Oertel,

Kaiserstraße 101/103, Filiale: Werderstraße 48.

Manufakturwaren-, Betten- u. Ausstattungsgeschäft

empfiehlt für

Weihnachts-Geschenke

in sehr großer Auswahl und zu billigsten Preisen:

Damen- und Herren- Kleiderstoffe,

sowie sämtliche Artikel der **Manufacturwaren- und Aussteuer-Branche.**

Zurückgesetzte Kleiderstoffe und Buxkins, sowie **Reste** wie in früheren Jahren ganz ausnahmsweise **billig.** 1467

Formulare und Tabellen liefert rasch und billig **„Bad. Landeszeitung".**

Hauptniederlage bei

August Klingele,

Amalienstr. 71, am Kaiserplatz.

Telefon 671. 1433

Weihnachts-Kerzchen

in reinem Wachs, sowie billigere Sorten.

das **Neueste** in

Christbaumschmuck:

Engel,

Christbaumschnee, Watte, Engelshaar, Lichterhalter, verzierte und einfache Renaissance-Wachskerzen, **gemalte Stearin-Lüstre-Kerzen** 1413

empfiehlt

Luise Wolf Wwe.,

4 Karl-Friedrichstr. 4.

Niederlage der **Parfumerien** und **Toiletteseifen** von **F. Wolff & Sohn.**

Schlafzimmereinrichtung,

bestehend aus **2 franz. Bettstellen mit Muschelaufsätzen** (matt und blank), **Rosten, Polstern** und **prima Haarmatratzen, 2 Nachttischen** u. **1 Waschkommode** mit **Marmor** u. **Toilettenspiegel,** ist um den **billigen** Preis von **400 Mk.** zu verkaufen im 1415

Möbel- und Tapeziergeschäft

von

Wilh. Seiter, Hebelstr. 4.

8231

Familienverhältnisse halber wird in einer größeren Stadt am Bodensee eine schöne, neu gebaute, gut gehende

Bäckerei

verkauft. Das Geschäft ist Eckhaus in einer Kreuzstraße u. wirft ohne Geschäft 1200 Mk. Mietzins ab. Einem jungen, strebsamen Manne, mit etwa 15—20,000 Mk., wäre ein schönes Fortkommen geboten. Preis desselben 56,000 Mk. Zwischenhändler verbeten. Offerten an d. Exped. d. Bl. unter Nr. 1431.

Druck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstraße Nr. 9 in Karlsruhe.